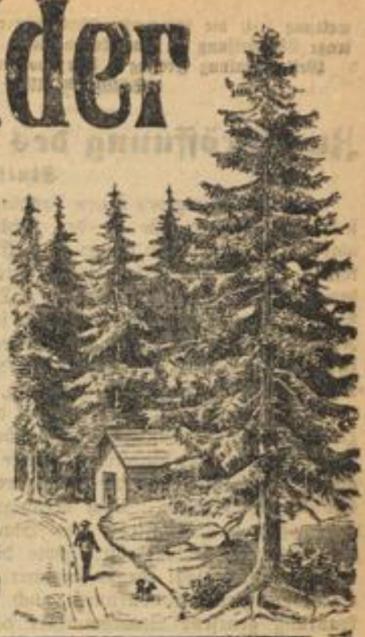


Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen.
Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 1.35 monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbarortsvorkauf vierteljährlich M. 1.35, ausserhalb desselben M. 1.35, hinzu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Vertändigungsblatt der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklösterle u. während der Saison mit amtl. Fremdenliste.

inserte nur 8 Pfg. Auswärtige 10 Pfg. Die Klein-epostige Garmandzelle. kosten 15 Pfg. die Pelizelle. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Abonnements- und Liebereinkunft. Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 8.

Samstag, den 11. Januar 1913.

30. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 9. Januar 1913.

Am Bundesratssitzung. Wasserjapp. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr. Fortsetzung der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation betreffend den Wagenmangel.

Abg. Behr. v. Camp (Npt.): Ein Wagenmangel war eigentlich nicht vorhanden. Die Eisenbahnverwaltung hatte sogar Überschuss an Wagen. Aber es bestand die Schwierigkeit in den Industriebetrieben die nötige Anzahl von Güterwagen schnell zusammen zu bekommen. Vielleicht ließe sich eine Abhilfe der Wagennot noch anders als bisher vorgeschlagen schaffen. Der Landwirtschaft sind zu gewissen Zeiten für die Beförderung von Kali und Düngemitteln Vorzugstarife eingeräumt. In dieser Zeit drängt sich natürlich alles zusammen. Es wäre zu prüfen, ob man nicht durch Verlängerung dieser Termine den Verkehr mehr verteilen könnte. Das würde sicher auf die Industriebetriebe zurückwirken. Ich bin der Ansicht, daß die Wassertrassen die bedeutendsten Zuführer für die Eisenbahnen sind. Es kommt durch sie die Güter zu massenhaft an, und dann können die Eisenbahnen sie nicht bewältigen, namentlich in Zeiten, wo die Eisenbahnen überhaupt schon überlastet sind.

Abg. Mumm (Wirtsch. Bgg.): Bedauerlich ist, daß der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten bei der Konferenz im September nicht auch die Arbeiter eingeladen hat. Besonders im Siegerland hat infolge der Katastrophe Kohlenmangel geherrscht.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wasserjapp: Die Zustände haben zusammen mit Vertretern der Eisenbahnverwaltung im Jahre 1912 den für das Ruhrrevier zu erwartenden Verkehr geschätzt mit dem Erfolge, daß ihre Schätzungen von der Richtigkeit fast um das Dreifache überholt worden sind. Die Eisenbahnverwaltung kann also nicht verantwortlich gemacht werden. Der Redner wies ferner auf die gestrigen und heute geäußerten Vorwürfe und Angriffe gegen das Reichseisenbahnamt zurück. Er betonte, daß bei den Verkehrsstörungen weitgehende Anordnungen getroffen und ein höherer technischer Beamter mit der Prüfung betraut worden sei. Herr Mumm hat sich darüber beschwert, daß Arbeitervertreter nicht zu der Konferenz im September zugezogen worden sind. Ich weiß nicht, ob dadurch eine Besserung hätte herbeigeführt werden können. Die preussische Verwaltung ist jedenfalls nicht in der Lage gewesen, auch Vertreter der Arbeiter hinzuzuziehen. Nach den geführten Ausführungen des Herrn Schwabach muß man annehmen, daß der Wagenmangel im Ruhrgebiet nicht beseitigt ist, sondern immer noch besteht. Seit Mitte Dezember sind aber die Verhältnisse im Ruhrgebiet wieder völlig normal, es ist zeitweilig sogar ein Überfluß von Wagen vorhanden.

Abg. Dittmann (Soz.): Die Verantwortung unserer Interpellation durch den Präsidenten des Reichseisenbahnamtes war

eine bedingungslose Kapitulation dieses Reichsamtes vor dem preussischen Eisenbahnminister. Ich lege den entschiedenen Widerspruch ein gegen das Unternehmen, den Reichstag in Eisenbahnfragen zu einer preussischen Marionette zu machen. Die Regierung stellt ein Verzeichnis der Staatsverwaltung in Abrede. Um die eigentliche Ursache ist man wie die Rede um den heissen Drei herumgegangen, um die Frage nämlich, wie weit hier die Rücksicht auf eine Mobilisierung miteingepflegt hat. Am 26. Oktober wurde der linksrheinische Güterverkehr auf vier Tage gesperrt; dieser Termin fiel zusammen mit dem Vorbringen der Serben an die Adria und mit der Erklärung Österreichs, eventuell mit Gewalt diesem Vorbringen entgegenzutreten zu wollen. Damals lag eine Mobilisierung keineswegs außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Die Wirtschaftslage unter der Kriegsvorbereitung leiden zu lassen, ist unzulässig. Wenn man auf die Dauer den Schwierigkeiten der Wagenstellungen vorbeugen will, dann muß man das Uebel an der Wurzel fassen. Dann darf man die preussische Eisenbahn nicht so sehr ausbreiten; aber das ganze preussische Finanzsystem ist auf den Eisenbahnüberschüssen aufgebaut. Aus dem Verkehr zieht der preussische Staat jährlich Hunderte von Millionen Mark heraus, um die Junker und Großkapitalisten von direkten Steuern zu verschonen. Wie es scheint, will man in Preußen noch weniger Mittel für Eisenbahnbetriebszwecke ausgeben, um die Eisenbahnüberschüsse zu erhöhen. Es ist die höchste Zeit, dem Gedanken der Reichseisenbahnen näher zu treten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wittger (Natl.): Wir müssen unbedingt dafür sorgen, daß eine Wiederholung solcher Zustände unmöglich wird. Wir danken Ihnen sehr für die Maßnahmen des Eisenbahnministeriums an, daß es für Vermehrung des rollenden Materials erhebliche Mittel angefordert hat.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wasserjapp: Die Verkehrshinderung im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet hat mit der politischen Lage nichts zu tun gehabt. Was die Beschränkungen wegen einer Beeinträchtigung des Verkehrs bei Kriegszustand betrifft, so denen man eine Schädigung für die Bekehrung des Landes herleiten könnte, so kann ich erklären, daß im Kriegsfalle sofort eine andere Betriebsweise eintritt. Dadurch schwinden alle derartigen Bedenken.

Damit war die Interpellation erledigt. Es folgten Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Schwabach (Natl.) (1. Königsberg) wurde nach dem Antrage der Wahlprüfungskommission für gültig erklärt, ebenso die Wahl des Abg. Dr. Werr (Npt.) (4. Kreis).

Die Wahlprüfungskommission hatte ferner aus Anlaß der Prüfung der Wahl des Abg. v. Holten (Npt.) (5. Marienwerder) beantragt, den Wahlkommissar dieses Wahlkreises auf das Ungelegliche seiner Handlungsweise hinzuweisen.

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald: Aus Grund der Ermittlungen hat man sofort die Wahlkommissare wissen lassen, daß das von ihnen vorgenommene Verfahren ungesetzlich sei. Der Resolution ist also schon längst entsprochen worden.

Abg. Dr. v. Vossgerath (Volk): Dieser Wahlkreis ist seit Jahren ein regelmäßiges Feld für Wahlbestechungen und Ver-

schwendung. Die bei der Wahlwahl in Schwabach für den polnischen Kandidaten abgegebenen Stimmen hätten gerade genügt, um ihm die absolute Mehrheit zu verschaffen. Er ist nicht gewählt worden, weil der Wahlkommissar sich aus eigener Nachvollkommenheit für berechtigt gehalten hat, das Wahlergebnis zu berichtigen. Dieses Verfahren ist vollständig ungesetzlich. Der Redner bereitete sich darauf zum Teil unter allgemeiner Beifall über die bekannten Wahlvorgänge in Schwabach.

Vizepräsident Dose: Ich bitte Sie, auf dieses Siegesfest nicht einzugehen. Das konnte der Wahlkommissar nicht verhindern. (Allgemeine Beifall.)

Abg. Dr. v. Vossgerath (Volk) fortsetzend: Die Stimmung mancher Kreise ergibt sich aus einer Anekdote, daß nicht der Sieg der Gerechtigkeit, sondern der Sieg der deutschen Sache für den Kreis Schwabach die Parole sei. (Große Bewegung: Aufst. Beif.)

Abg. v. Czering (Npt.): Es ist zweifellos, daß der Wahlkommissar die beiden fraglichen Stimmen nicht für ungültig erklären wollte, sondern, daß er nur geglaubt hat, sich durch eine Berichtigung eintrien zu lassen. (Gelächter.) Auch der Reichstag hätte die Stimmen unbedingt für ungültig erklärt. Unzutreffend ist aber, wenn es so hingestellt wird, als ob der Wahlkommissar aus politischen Gründen die Stimmen abgezogen hätte. Auch die polnischen Wähler haben nicht dagegen einzuwenden gehabt. (Beif. hört.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Son rechtswegen ist schon bei der Hauptwahl Herr v. Solt-Jaworski gewählt worden. Die Beamten, die hier bei der Änderung des Wahlergebnisses mitgewirkt haben, haben das Gesetz mit Füßen getreten. (Vizepräsident Dose ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. Fleger (Zentr.): Hier liegt zweifellos ein System vor, das Wahlergebnis zu beeinflussen. (Beif. hört.)

Abg. Neumann-Doster (Fortchr. Npt.): Jeder vorläufige Deutsche wird schmerzlich berührt sein, von einem solchen Vorgang bei einer Wahl. Zu prüfen ist, ob nicht doch noch Herr v. Solt-Jaworski als gewählt zu proklamieren ist.

Vizepräsident Dr. Vossgerath: Auf Grund des herangezogenen Protokolls konstatiere ich, daß der Ordnungsruf dem Abg. Stadthagen zu recht erteilt ist.

Abg. v. Trampegnast (Volk): Jeder, der auf Reintätigkeit steht, muß für die Resolution stimmen.

Die Resolution wurde dann gegen die Stimmen der Reichspartei angenommen.

Es folgt die Beratung der Denkschrift über die Deamentenorganisation der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung.

Abg. Eder (Soz.): Als feinerzeit der Reichstag die Denkschrift forderte, wollte man, daß einzelne Funktionen von Unterbeamten erledigt würden. Man wollte aber nicht die Interessen anderer schädigen. Das ist nicht geschehen. Die Unterbeamten sind wieder einmal die Geschädigten. Die Einrichtung der gehobenen Unterbeamtenstellen hat große Unzufriedenheit hervorgerufen. Bei der jetzt beschlossenen größeren Verwendung weiblicher Hilfskräfte handelt es sich um eine Vorkündererei schlimmster Sorte. Bei der ganzen Personalpolitik der Postver-

Das Häßliche, was sich der Mensch auf dieser Erde erwidert: ist doch ein Grab, belaut von Liebestränen. Nausch

Frau Welt.

Roman von Erna Niedberg.

(Fortsetzung.)

Sankt wäre sie ihre Hände aus den seinen. Mit einer wunderbaren Geduld hob sie die Arme und berührte ihren Hut.

„Ich darf doch ein Weibchen ablegen?“
„Er ist mühsam die Blide von ihr los und ward nun tödlich verlegen.“

„Aber bitte — Verzeihen Sie — ich bin mehr als unglücklich — Bitte, darf ich Ihnen behilflich sein?“
Seine zitternden Finger mähren sich, ihr das weiche, seidengefärbte Näschchen von den Armen zu streifen.

Nun stand sie da in den schweren Falten ihres Sammelkleides, den Oberkörper von heller, schmieglamer Seide umschlossen.
Unmutig loderte sie vor dem Spiegel das schwere, dunkle Haar.

Und Eberhard, verzaubert in ihren Anblick, vergah wiederum die Dörschkeit, bis sie selbst, die Hand auf eine Scheitelle legend, lächelnd fragte:

„Darf ich?“
Da stürzte er herbei und räumte ihr den Stuhl.
Nicht ihr gegenüber nahm er Platz. Sie sah ihn an, indes sie funkelnde Ringe an den schlanken Fingern auf und ab schob.

„Nun sagen Sie mir, was Sie von Professor Hochauf wissen!“
Von dem akademischen Schmiedellaut war ihre Stimme, und doch etwas wie Güte darin.

Wie im Traum antwortete Eberhard:
„Er ist ein Verwandter meiner Mutter. Und seine Weisheiten tragen Ihre Bäge, Sidonie Frauen.“

„Sie sahen sie?“
„Nicht die Originale.“
„Sie kennen ihn auch nicht persönlich?“
„Nur durch meine“ — er stockte, das Wort „Braut“

wollte plötzlich nicht über seine Lippen. Nur durch Erdmunde Wald.“
„Aber die! der Verlobung der Dresdener!“
Sidonie Ton Klang eine Räusper schäufte. „Ihre Kindheitsgepielfin, nicht wahr?“

„Ja!“
Sie kann eine Minute, dann fragte sie mit einem Anflug von Ungeduld:
„Hatten Sie denn nie das Verlangen, dem Meister persönlich nahe zu treten?“

„Das Verlangen? Seit Jahren lebe ich nur von dieser einen Hoffnung, nur durch Sie. Aber —“
Sie deutete sich vor. Ihre Augen schimmerren und todten. Um die wunderschönen Lippen blähte ein Sägelin auf.

„Ein Aber gibt es doch nicht in Lebensfragen — and dir, dünkt mich, steht bei Ihnen auf dem Spiel. Hierher, für Ihren jetzigen Beruf, lassen Sie doch nicht.“

„Nein! Aber ich habe mein Wort gegeben, und das war mir heilig — bis —“
Seine Stimme erlosch — bis ihr durch Sie die letzte Behütigung erlöste, wie sehr ich zu etwas anderem taugte.“
vollendete er tonlos.

Er war aufgestanden. Nicht vor ihm blieb er in der Haltung eines Menschen, der in der nächsten Sekunde die Entscheidung über sein Geschick erwartet. Sie schwiegen beide. Dann, nach einer Weile, hob sie ihr Antlitz schmeichelnd zu ihm an.

„Kommen Sie —?“
Da lagte er überwältigt ihre beiden Hände —
„Ich komme!“

Wieder blieb es still zwischen ihnen. Er dachte nicht daran zu fragen: „Was führte Sie her?“
Keine Betwunderung über ihr Hiersein kam ihm.

Er sah sie nur an, jede Faser in ihm, alle Sinne drängten in Ekstase ihrer Schönheit zu.
Schließlich bat er: „Erzählen Sie mir von Hochauf und wie Sie mit ihm arbeiten.“

Sidonie Frauen wurde plötzlich mitten in ihrem Triumph, in der schönsten Sensation, die sie sich wünschen konnte, ganz ernsthaft.

„Mit ihm arbeiten.“ Das Wort hatte sie getroffen. Eine Wohlthat war's — beinahe eine Sanktion.

Ein so reiner Ernst, ein so hoher Respekt lag in der Auffassung: sie ließ ihre vollendete Schönheit, um dem Künstler die vollendete Schönheit seines Wertes zu ermögli-

chen. Und wieder dachte sie mit einem Anflug von Räubung: „Dies große Kind.“
Sie umging die Antwort.

„Sagen Sie mir etwas von Ihren Arbeiten, ja?“
Sie haben doch genug übervolle Skizzenmappen — ich weiß, von Ihrem Bruder.

Sie schloß beinahe erschrocken — Herrgott — das —
Nun, jedes Ansehen konnte möchte hernach beglücken werden. Doch nebeneinander beugten sich ihre Köpfe über Eberhards Arbeiten.

Blatt für Blatt nahm Sidonie zur Hand: erst und verständnisvoll prüfte sie die Entwürfe, auf denen bisher nur Erdmuthes liebe, kluge Augen geruht.

„Dummal, als sie lange, lange eine Zeichnung betrachtete, hob sie einen danklichen, flammenden Blick zu ihm auf.
„Wann kommen Sie? Bald?“

Und Eberhard sammelte widerstandslos, halb erstarrt: „Bald!“

In der Stille, die um sie war, nahm er ihre Hand, die noch auf den Blättern ruhte. Tief neigte er seine Stirn und dann presste er seine heißen, zuckenden Lippen auf die kühlen, weißen Finger, wieder, immer wieder in zitternden leidenschaftlicher Tränen.

„Soll ich's Professor Hochauf sagen?“
„Nein! Nur Sie sollen es wissen. Nur Sie, sonst keiner.“

„Wo war Erdmuthes reines Bild in diesen Augenblicken taumelnder Begeisterung?“
Sidonie lächelte mit einem unbefriedigenden Gemisch von Egertheit und höchster beschränkter Gültigkeit diesen herbverfälschten, hartgeschmittenen Mund auf ihrer Hand.

„Das hatte ihr noch gefehlt in ihrem ereignisreichen Leben — nur das noch.“
Eberhard als Schuldner für seinen Bruder — sie war zufrieden.

Während sie ihre Rechte seinen Rücken überließ, streichelte ihre Linke über sein Haar —
Aber noch während sie diese zarte, gütige Gebärde ausübte, spielte ein spöttisches Lächeln am ihre roten Lippen.

„Was dieser Mann ihr brachte, reizte sie, sehr sogar. — aber sie war viel zu ehrlich, um dem Weibchen nicht gleich lauthändig den Gedanken: „Wie lange?“ folgen zu lassen.
Indessen, warum nicht die Gründe auskosten — Das, was sie hierher geführt war darum nicht aufzugeben — Und später, in Berlin? Mehr als einer hätte erfahren, was ihr Einfluß bedeutete.“
(Fortsetzung folgt.)

Wahlung tritt die schlußhafte Abstimmung herbei. In
Wahl-Überweisung an eine Kommission.
Wahlberatung Freitag 1 Uhr; vorher Anfragen,
Schluß 5/4 Uhr.

Zur Eröffnung des Landtags.

Stuttgart 9. Januar.

Die Eröffnung des neuen Landtages wurde durch zwei
öffentliche Gottesdienste in der Schloßkirche (im Gegen-
wart des Königs) und in der kath. Oberhardtskirche einge-
leitet. In der Schloßkirche sprach Prälat v. Römer über
den vom König bestimmten Text: „Der Herr wird seinem
Volke Kraft geben, der Herr wird sein Volk segnen mit
Frieden“. Dem gleichzeitigen Gottesdienst in der Ober-
hardtskirche wohnten die Herzöge Albrecht, Philipp Albrecht,
Robert und Ulrich von Württemberg, die kath. Mitglieder
der beiden Kammern, der Präsident der 1. Kammer Fürst
zu Hohenlohe-Schillingsfürst und Jagtberg an der Spitze an.
Tomkapitular Dr. Sproll celebrierte ein leibhaftiges Hoch-
amt. Inzwischen hatte die Stadtgarde die Wache in dem
Ständekreis bezogen. Nach beendigtem Gottesdienst be-
gaben sich die Mitglieder des Staatsministeriums und
die Wirklichen Staatsräte, sowie die Ständemitglieder,
in den Sitzungssaal der 1. Kammer. Die Mitglieder des
Staatsministeriums, darunter auch der von seiner Er-
krankung genesene Staatsminister des Innern, und die
Wirklichen Staatsräte stellten sich daselbst rechts vom
Throne auf, die Mitglieder der Ständeverammlung be-
gaben sich auf ihre Sitze, diejenigen der 2. Kammer
in die Sitzreihen nach der geltenden Sitzordnung; die
Mitglieder der 1. Kammer stellten sich im Halbkreis vor
den Stühlen auf. Die landesherrlichen Mitglieder der
1. Kammer erschienen teils in landesherrlicher, teils in
militärischer Uniform, teils auch im roten Kleide der Mal-
teser Ritter. Die Mitglieder des ritterschaftlichen Kreises
erschieneu teils in ritterschaftlicher oder Kammerherrnuni-
form, die Prälaten und die Vertreter der kath. Kirche
im schwarzen oder violetten Talar, der Vertreter der Lan-
desuniversität in Talar und Barett, die Vertreter des Kon-
sistoriums und der Landesynode der Technischen Hoch-
schule und der Berufsstände im Frack. Die Mitglieder der
2. Kammer waren im Frack oder schwarzen Rock erschie-
nen. Der König empfing von 4 Mitgliedern beider
Kammern wurde bei seinem Erscheinen mit einem von
dem Abg. Mühlberger ausgebrachten Hoch begrüßt.
Er stellte sich vor dem Thron auf, Rechts vom Thron
standen die Herzöge Albrecht, Philipp Albrecht, Robert
und Ulrich von Württemberg, weiterhin rechts die Mit-
glieder des Staatsministeriums und die Wirklichen Staats-
räte, links der Rabinetschef, der Oberhofmarschall, der
Erste Zeremonienmeister, der Oberjägermeister, der dienst-
führende Kammerherr, der Kabinetssekretär, der Wirk-
liche Stallmeister und der Kammerherr vom Dienst, dann das
militärische Gefolge des Königs.

Der Staatsminister Dr. v. Weizsäcker erinnerte die
jenigen Mitglieder, welche schon früher der Ständever-
sammlung angehört haben, an den abgelegten Eid und for-
derte die erstmals eintretenden Mitglieder auf, nach dem
§ 163 der Verfassungsurkunde den Ständeeid abzulegen.
Er schloß mit der Vereidung der Eidesworte und rief
sodann die erstmals Eintretenden namentlich auf. Der
Kaiser trug vor dem königlichen Thron, sprach mit
aufgehobener rechter Hand die Worte: „Ich schwöre es!“
und berührte mit der rechten Hand die dargebotene Rechte
des Königs, worauf er seinen Platz wieder einnahm. So-
dann verlas der König die bereits mitgeteilte Thronrede.

Von der Versammlung wurde die Ankündigung des
Verkehrsausbauens, der Fürsorge für den Unterricht, die
Ankündigung des fürperschaftlichen Pensionsgesetzes, der
Reinigungsreform und der Begegnung mit Verfall
entgegengenommen. Nachdem der König mit dem Ge-
setze die Kammer verlassen hatte, übernahm der Abge-
ordnete Tauscher (Soz.) das Alterspräsidium.
Er stellte sich vor dem Thron auf und hieß die Abge-
ordneten herzlich willkommen. Er gedachte dann der
drohenden kriegerischen Verwicklungen,
gegenüber dem leichtfertigen Kriegsspiel sei es Aufgabe der
Volksvertretung, solche Gefahren zu vermeiden und für
Garantien zu sorgen, durch die ein friedlicher und unge-
störter Kulturfortschritt besichert werden könne. Die Un-
günstigkeit der Konjunktur auf dem Weltmarkt, die Verteuerung
der Lebenshaltung rüde die soziale Frage immer mehr in
Vordergrund und es liege jedem demokratisch aufgebauten
Staatswesen ob, dahin zu wirken, daß an die großen Auf-
gaben der Zeit gewissenhaft herangetreten werde. Tauscher
schloß seine wiederholt von der Linken mit Beifall aufge-
nommenen Rede mit dem Wunsch, daß sich das Haus un-
beachtet des Parteistandpunktes in dem Bestreben zusam-
menfinden möge, dem Ganzen zu dienen nach dem Grund-
satz: salus publica suprema lex.

Die erste Sitzung wurde sodann auf morgen vormittag
angezeigt mit der Tagesordnung: Bericht des ständigen
Ausschusses über das Legitimationsgeschäft und Wahl
des Präsidenten. Darauf wurde die Sitzung ge-
schlossen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion

hatte zu einem Teil dem Herrn Westmeyer und seiner Garde ge-
trost und war zu dem Eröffnungsfestlichkeiten erschienen.
Man bemerkte Hermann, Hildenbrand, Feuerstein, Keil und
andere Genossen im Saale, den sie auch während der
zwei auf den König ausgebrachten Hochrufe nicht verließen.
Die Anhänger der radikalen Richtung, das sind die neu-
gewählten, fehlten. Diese zwiespaltige Haltung wird durch
folgenden Fraktionsbeschluss zu rechtfertigen gesucht: „Die
Fraktion beteiligt sich an der Sitzung zur Eröffnung des
Landtages als einem in der Verfassung vorgeschriebenen
staatsrechtlichen Akt. Der Tradition der Partei und
der Absicht der Fraktion entsprechend, wird sie sich an der
von den Mitgliedern der Ersten Kammer und den bürger-
lichen Parteien der Zweiten Kammer veranstalteten monarchi-
schen Huldigung nicht beteiligen. Sie erklärt sich damit
einstimmig, daß die zu vereinbarenden Fraktionsmitglieder
ihren Eid am zweiten Sitzungstag leisten.“ — Es ist also ein
Kompromiß beschlossen worden, daß die neuwählenden
Mitglieder, die zu der radikalen Richtung zählen, der ihrer
republikanischen Überzeugung widersprechenden höflichen

Jeremone fernbleiben. Sie werden heute das nicht minder
vifante Schauspiel bieten, daß sie einem sozialdemokratischen
Präsidenten eidlich geloben: „das untrennbare
Wohl des Königs und des Vaterlandes ohne alle Neben-
sachen treu und gewissenhaft zu beraten.“

Der Präsident des neuen Landtags.

In der ersten geschäftlichen Sitzung des württ. Land-
tages hat die Wahl des neuen Präsidenten statt-
gefunden. Zum Präsidenten wurde der Abgeordnete
v. Kraut (Unserpartei) mit 45 Stimmen gewählt. G.
Haußmann (Volkspartei) erhielt 32 Stimmen, Nieber
(Natl. Part.) 9 Stimmen, 4 Stimmen sind zerplittert.
In der Ersten Kammer wurden zu Vizeprä-
sidenten die Staatsräte v. Wühl und v. Löw gewählt.

Der Seniorentenvent.

einberufen von dem Alterspräsidenten, trat am Tage der
Landtagseröffnung erstmals zusammen. Als Vertrauens-
männer sind in den Seniorentenvent von ihren Parteien ent-
sandt je 2 Mitglieder und zwar die Herren: Gröber, Rem-
bold-Kavendburg, Kraut, Bogt-Weinsberg, Viehsing, Hauß-
mann, Keil, Lindemann, Baumann, Wieland. Die Berat-
ungen sind vertraulich.

Die Fraktionsvorsikände.

Bei den Besprechungen der Fraktionen wurden die
Fraktionsvorsikände gewählt: Volkspartei:
Viehsing, Eijele, v. Gauß; Deutsche Partei: Wieland,
Baumann; Sozialdemokratie: Keil (an Stelle des
zurücktretenden Tauscher), Dr. Lindemann, Henmann; Zen-
trum: Gröber, v. Kiene, Rembold-Gmund; Konser-
vativ-Bauernbund: v. Kraut, Bogt, Körner.

Finanzetat und Gesetzentwürfe.

Den Landständen ist zur Landtagseröffnung der neue
Hauptfinanzetat zugegangen. Nach dem „Staatsan-
zeiger“ bezeichnet der Finanzminister den Abschluß des
Etats als nicht ungünstig, da es sich habe ermöglichen lassen,
trotz der erheblichen Mehrforderungen das Gleichgewicht zwi-
schen Ausgaben und Einnahmen herzustellen. Voraussetzung
sei hierbei allerdings, daß in der wirtschaftlichen Lage eine
Verschlechterung nicht eintritt. Der Staatsbedarf beträgt
für 1913 118 828 521 Mark, für 1914 121 692 658 Mark.
Gegen den Etatsjah 1912 ist das ein Mehr von 7,3
bzw. 10,2 Millionen. Die Einnahmen sind veranschlagt
für 1913 auf 119 059 073 Mark, für 1914 auf 122 018 620
Mark, wovon 63,1 bzw. 64 Millionen auf die Landessteuern
fallen. Die Steigerung der Einnahmen wurde insbesondere
durch die Einstellung höherer Erträge bei den Verkehrsanstal-
ten und bei den direkten Steuern erreicht. Im ganzen er-
gibt sich ein Ueberschuß von 230 552 Mark für 1913 und
von 325 962 Mark für 1914. Es müssen aber für außer-
ordentliche Bedürfnisse der Verkehrsanstalten und für die
Landes-Wasser-Verordnung Anleihen im Gesamtbetrag von
42 Millionen Mark ausgegeben werden, die mit je 21 Mil-
lionen auf die beiden Jahre 1913 und 1914 verteilt werden
sollen.

Der Zweiten Kammer sind Gesetzentwürfe zuge-
gangen über: 1. Die Aenderung des Lehrentbesol-
dungs-gesetzes, 2. die Aenderung des Gesetzes von 1911
über einen Zuschlag zu den Gerichtskosten und zu den
Notariatsgebühren, 3. über eine weitere Aen-
derung des Gesetzes über die Pensionsrechte der Köp-
perschaftsbeamten und ihrer Hinterbliebenen und 4.
über die Unfallfürsorge für Köperschaftsbeamte.
Schließlich ist ein Gesetzentwurf über die Verlängerung
der Gültigkeitsdauer des Gesetzes über die Grund-, Ge-
bäude- und Gewerbesteuer eingegangen.

Deutsches Reich.

**Die Sozialdemokraten als Schleppträger der
Reaktion.** Zu der Stimmzählungstaktik, welche die
preussischen Sozialdemokraten auf ihrem Landesparteitag
für die preussischen Landtagswahlen beschlossen haben,
schreibt der volksparteiliche Landtagsabgeordnete Dr.
Schepp (Berlin): „Diese Taktik ist nur zu verstehen
unter dem Gesichtspunkt, daß die Agitation alles,
die Erringung von Reformen nur Nebensache ist.
Es kann auf diese Weise dahin kommen, daß die Sozial-
demokraten einen Nationalliberalen, der doch auf dem
Gebiete des Wahlrechts und der Schule zu gründlichsten
freiheitlichen Reformen bereit ist, durchfallen lassen ge-
genüber einem Konservativen, der auf beiden Gebieten
jeden Fortschritt ablehnt. Damit hat jene Partei ein für
allemal das Recht verwirkt, sich allein als die ernsthafteste
Bekämpfung der Reaktion hinzustellen. Auch die Ver-
pflichtung, in jeder Session einen Antrag auf Einführung
des Reichstagswahlrechts zu stellen, halte ich für ver-
fehlt, für zu weitgehend. Es kann doch der Fall eintreten,
daß ein derartiger Antrag aus taktischen Gründen unter-
bleibt. Soll der betreffende Abgeordnete nun doch den
Antrag einbringen? Ja würde das für verkehrt halten.
Aber eine derartige Bestimmung paßt in den Rahmen
der gesamten sozialdemokratischen Taktik, die Agitation
als allein maßgebend in den Vordergrund zu rücken. Die
gesamten übrigen Vorschriften über die Haltung der so-
zialdemokratischen Wahlmänner sind von denselben Rück-
sichten diktiert. Die ruhigeren Elemente in der
Sozialdemokratie haben das Verkehrt einer
derartigen reaktionären Taktik auch eingesehen und
ihre Stimmen dagegen erhoben. Vor allen Dingen fordern
sie rückhaltlose Unterstützung ohne Gegenleistung — der-
jenigen Kandidaten, die für eine freiheitlichere Gestalt
des preussischen Landtagswahlrechts eintreten. Wenn das
Abgeordnetenhaus nach den Neuwahlen keine freiheitlichere
Zusammensetzung aufweist als heute, so trägt die Landes-
kommission der Sozialdemokratie die Schuld daran.“

Ausland.

Zwischen Krieg und Frieden.

Die Friedensvorschlüge der Großmächte
laufen anscheinend darauf hinaus, daß das vielumstrittene
Adriapenel den Bulgaren zufließen soll, während zum
Ausgleich die Dardanellen einen Teil der wichtigen Inseln
im Ägäischen Meer, nämlich Imbros, Tenedos, Lemnos
und Samothrake, ferner Chios, Mytilene, Kos und Rhodos
behalten sollen. Das hätte den doppelten Wert, daß die
Bulgaren einen ihrem Anteil an den blutigen Opfern
des Krieges entsprechenden Gewinn davontrügen, wäh-
rend die Griechen, die nicht nur auf dem Festland, sondern
auch auf der ägäischen Inseln einen gehörigen Gewinn-

anteil einzufreuen gedächten, einen entsprechenden Nach-
schuß gewähren müßten; und das würde sicher auch den
Bulgaren nicht allzu schmerzhaft sein, da sie ohnedies
der Meinung sind, daß die Griechen unvorteilhaftig gut
weggekommen seien. Man wird annehmen dürfen, daß
die Mächte, wenn sie nur ernstlich und nachdrücklich wollen,
einen Frieden auf dieser Grundlage durchsetzen können,
denn die Miene des starken Mannes, die man auf beiden
Seiten der Eschatalpennine zur Schau trägt, verdirgt
nicht den tatsächlichen Stand der Dinge, die absolute
Notwendigkeit für beide Teile im Frieden Erhol-
ung für die Opfer an Leib und Gut zu suchen. Gleich-
zeitig verkundet, daß Serbien seine Bereitwilligkeit er-
klärt habe, unmittelbar nach dem Friedensschluß seine
Truppen von der Küste der Adria zurückzuziehen. Das
würde natürlich in Oesterreich und in Italien außerordent-
lich beruhigend wirken. Es bliebe dann nur noch die
Sorge um den

rumänisch-bulgarischen Ausgleich.

In Rumänien weist man darauf hin, daß nicht nur
die Vergrößerung Bulgariens die bisherige Stellung Ru-
muniens beeinträchtigt, sondern daß auch in Mazedonien
eine große Zahl rumänischer Familien ihren Wohnsitz
habe, die nach der Eroberung des Landes durch die Ser-
ben und Bulgaren in ihrer Nationalität bedroht seien.
Zweifellos wird diese Frage noch allerhand zu schaffen
machen, da die Entschädigung Rumuniens nur aus dem
Besitzstand Bulgariens geschehen könnte, das nat-
ürlich nur sehr ungern in Abtretungen einwilligen wird,
zumal die Bevölkerung unter dem Eindruck der großen
Sieges sicher in einer wenig gedehnten Stimmung sein
mag. Immerhin sollte man glauben, daß bei einigem
guten Willen alle diese Streitfragen sich friedlich er-
ledigen lassen. Das wäre um so wichtiger, als die fort-
dauernde Kriegsbereitschaft von Rußland und Oesterreich
die Furcht vor kommenden Konflikten noch erhöht. Aber
auch abgesehen von der Rückwirkung auf die gesamten
europäischen Verhältnisse wäre es die höchste Zeit, daß
geordnete Verhältnisse auf dem Balkan einzögen und der
Herrschaft des Krieges ein Ende gemacht würde,
denn die Nachrichten über unsagbare

Greuel in Mazedonien

häufen sich in einem Maß, daß auch skeptische Beurteiler
nicht länger daran zweifeln können, daß gegenüber feil-
lichen Landesbewohnern mit Feuer und
Schwert gewütet worden ist und vielleicht noch gewütet
wird. Das größere Maß von Schuld scheint ohne Zweifel
auf Seiten der bulgarischen, serbischen und griechischen
Banden zu liegen, die systematisch das mohammedanische
und albanische Element auszurotten bestrbt sind, und auch
Frauen, Greise und Kinder nicht schonen. Ohne Zweifel
sind auch von türkischen Soldaten und Banden Greuel
verübt worden, aber was im Namen der europäischen
Zivilisation von diesen christlichen Räuberbanden unter
dem wohlwollenden Schutz der siegreichen Heere verübt
worden ist, das geht so sehr über jedes Maß rauher Kriegs-
gebräuche hinaus, daß man von einem Schandfleck für
ganz Europa sprechen muß. Gewiß mag auf türkischer
Seite in vergangenen Jahrhunderten Schuld auf Schuld
gehäuft worden sein, aber die Vergeltung, die jetzt an
unschuldigen und friedlichen Leuten geübt wurde, bildet
einen traurigen Anfang der neuen „Ära der Zivil-
isation“, die nach den Versicherungen der Balkanver-
bündeten durch ihren Sieg eingeleitet werden sollte.

Die französische Präsidentenwahl.

Alle sieben Jahre belebt sich das Schloß von
Versailles auf einige Tage, wenn sich Senat und
Deputiertenkammer des französischen Parlaments dort ver-
sammeln, um der Republik einen neuen Präsidenten zu
geben. Am 18. Januar wird sich im Kongressaal
des Versailler Schloßes dieser feierliche Akt wieder ab-
spielen. Der Wahl des Präsidenten der Republik kommt
diesmal eine besondere Bedeutung zu, weil es sich zeigen
muß, ob die radikale Partei noch die Kraft hat, die
übrigen Parteien der Linken zur gemeinsamen Wahl eines
Präsidenten um sich zu scharen, oder ob die radikale
Partei die beherrschende Rolle ausgespielt hat. Allein
ist die radikale Partei nicht imstande, einen Präsidentschafts-
kandidaten durchzubringen. Sie ist auf die Hilfe
der anderen Parteien der Linken angewiesen, wenn sie
ihren Kandidaten, den derzeitigen Ministerpräsidenten
Poincaré, durchbringen will. Nun ist ja allerdings
Poincaré, durch die geschickte Hand, die er in der Leitung
der auswärtigen Politik gehabt hat, ein sehr glücklicher
Kandidat, und wenn der französische Präsident durch di-
rekte Volksabstimmung gewählt würde, könnte man Poin-
carés Wahl als sicher bezeichnen. Bei der Wahl durch
das Parlament aber sind noch andere Faktoren maß-
gebend. Besonders die Spaltung der Linken in Anhänger
und Gegner der Proportionalwahl bedeutet die
hauptächlichste Gefahr für die Einigung auf einen ge-
meinsamen Kandidaten. Stellt die Linke zwei Kandidaten
auf, dann wird die Rechte für die Anhänger der Pro-
portionalwahl stimmen, und es wird wieder einmal einen Prä-
sidenten von Reaktionsgenossen in Frankreich geben, ja nach
dem Verhalten der Sozialdemokraten in der letzten Zeit
ist es sogar wahrscheinlich, daß auch die Sozialdemo-
kraten für den Kandidaten eintreten, der für die Pro-
portionalwahl ist. Wäre es aber erst einmal zu einer Spaltung
bei der Präsidentenwahl gekommen, dann wäre die Zeit
der Herrschaft für die radikale Partei überhaupt vor-
bei und sie würde bei den Kammerwahlen des Jahres
1914 einer großen Niederlage entgegengehen. Damit wäre
dann der letzte Rest des Bluts der republikanischen Linken
zu Grabe getragen, der durch die Wahlen des Jahres
1899 zur Herrschaft kam und unter der Leitung Com-
bes' die Trennung von Staat und Kirche erfolgreich
durchführte, bei der zweiten großen Aufgabe, der Steuer-
reform aber schon versagte.

Einen politischen Skandal

hat Frankreich kurz vor der Präsidentenwahl noch erhal-
ten, in den einen der Kandidaten, nämlich der Ackerbau-
minister Pams, der besonders von einer Reihe südfran-

senator Senatoren und Abgeordneten unterschätzt, wobei verwechselt ist. Die Geschichte des Skandals reicht einige Zeit zurück. Der frühere Kriegsminister Maurice Bertheau, der es vom Verleumdung mit Hilfe der Millionen seines Schwagerpaters Pathe zum einflussreichen Politiker und schließlich zum Minister gebracht hat, hatte eine freigelegte Dame. Seine politischen Freunde, die Radikalsozialen und Sozialisten konnten von ihm leicht einen Tausendstücken erhalten und machten von seiner Freigebigkeit reichlichen Gebrauch. Der Sohn des inzwischen verstorbenen Kriegsministers, Charles Bertheau, besitzt nun keinen politischen Ehrgeiz. Er stellte daher jüngst eine Forderung von seinem Vater, vertriehen Gelder zusammen und bezahle die 84 darunter befindlichen Parlamentarier auf ihre Schuld, die sich auf insgesamt 1.200.000 Franks beläuft, zu begleichen. Als sich die meisten in Still-schweigen hüllten, wandte sich Charles Bertheau an den Ministerpräsidenten Poincaré, indem er diesem eine Liste der vorliegenden Senatoren und Abgeordneten einschickte und deren Veröffentlichung für den Fall ankündigte, daß er nicht bald die von seinem Vater vertriehenen Tausendstücken zurückbekomme. Um einen Skandal vor der Präsidentschaft zu vermeiden, beriet Poincaré mit seinen Ministerkollegen darüber. Der vermögende Kriegsminister Pams hatte einen Ausweg. Er erklärte, daß er bereit sei, Herrn Bertheau abzulösen, jedoch die 84 Mitglieder der Sozialradikalen und der Sozialdemokratischen Partei jetzt ihm allein verpflichtet sind und zwar nicht dringend. Er beabsichtigt aber nicht 1.200.000 Franks zu zahlen. Sondern begnügte sich damit Herrn Bertheau einen Gehalt über 1.000.000 Franks zu schicken. Die 84 Schuldner sollten, wie die rechtsstehende Presse wohlhabend bemerkt, nicht die einzigen Förderer der Kandidatur Pams für den 17. Januar sein. Die sozialistische Presse hält sich vorläufig in Schweigen, während die dem Kriegsminister feindselig gesinnten Blätter die Angelegenheit zu keinen Mähnungen ausüben. Eine Befähigung aus dem Munde Bertheaus war noch nicht zu erlangen, da dieser bisher auf mehrere Tage verweilt ist.

Paris, 9. Jan. Der Bertheauskandal, wonach Kriegsminister Pams für 1.200.000 Franks Verpflichtungen französischer Parlamentarier der radikal-sozialen und sozialistischen Partei an den Sohn des verstorbenen Kriegsministers Bertheau aufgekauft haben soll, scheint ein Wahlmanöver der rechtsstehenden Presse gegen die Präsidentschaftskandidatur des Kriegsministers zu sein. Pams politische Freunde erklären die besonders im „Lclair“ und in der „Libre Parole“ verbreitete Nachricht für freie Erfindung. Auch die Familie des verstorbenen Kriegsministers will von einer derartigen Finanzangelegenheit nichts wissen. — Kriegsminister Pams hält sich freilich noch in tiefem Schweigen.

Southend, 10. Nov. Bei Versuchen, die am nachmittag in Schoeburney mit einem großkalibrigen Geschütz vorgenommen wurden, ereignete sich ein Unfall, bei dem ein Kanonier getötet und Hauptmann Turner sowie zwei Kanoniere schwer verletzt wurden.

Wien, 10. Jan. Die Angelegenheit der Wahl der böhmischen Schriftstellerin Byl in den böhmischen Landtag, hat den böhmischen Landesauschuss beschäftigt, der die Entscheidung, ob die Wahl einer Frau zulässig ist oder nicht, dem Landtag überlassen wird.

Petersburg, 10. Jan. Ein Beschluß des Ministerrats, der jetzt veröffentlicht worden ist, verbietet es fremden Fliegern, die weißliche Grenze vom 14. Jan. bis 14. Juli 1913 zu überfliegen. Falls sie ein Signal nicht lauden, werden ernsthafte Maßnahmen ergriffen werden und es wird sogar schatz auf sie geschossen werden.

Württemberg.

Dienstnachrichten.

Der König hat die Stelle des Vorstands des katholischen Kirchenrats und Oberschulrats des Oberregierungsbezirks Tübingen bei dieser Behörde unter Beteiligung des Vorsitzenden eines Regierungsdirektors, eine Oberratstelle bei dem evangelischen Oberschulrat dem tit. Oberregierungsrat Dr. Hof bei dieser Behörde, eine ordentliche Professur für Bürgerliches Recht, deutsche Rechtsgeschichte, deutsches Privatrecht und Kirchenrecht an der juristischen Fakultät der Universität Tübingen dem ordentlichen Professor für Gebeimen Justizrat Dr. Arnd Schmidt an der Universität Gießen, eine ordentliche Professur für Strafrecht, Strafprozess und Zivilprozess einschließlich des Konkursrechts an der genannten Fakultät dem außerordentlichen Professor Dr. Heiler daselbst und die ordentliche Professur für Geologie und Paläontologie an der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen dem ordentlichen Professor Dr. Josef Pompek an der Universität Göttingen, die Dekanats- und 1. Stadtdirektorstelle in Göttingen dem Stadtpfarrer Kalkreuter daselbst übertragen.

Der Viegenhaftverkehr in Württemberg in den Jahren 1908—1910.

Nach einer von Oberfinanzrat Trübinger in den „Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde“ gegebenen Zusammenstellung des Viegenhaftverkehrs in Württemberg in den Jahren 1908/10 ist folgendes Ergebnis zu verzeichnen: Die Viegenhaftverurteilungen im Jahre 1908 betragen 68.115 mit einer Umschlagsumme von rund 250,7 Millionen Mark, im Jahre 1909 67.892 mit einer Umschlagsumme von rund 274,2 Millionen Mark und im Jahre 1910 72.177 mit einer Umschlagsumme von rund 292,1 Millionen Mark. Die freihändigen Verurteilungen waren daran durchschnittlich beteiligt mit 90,3 Proz., die Kindsäufe mit 9,7 Proz. Bei weitem am stärksten ist der Viegenhaftverkehr nach der Zahl wie nach dem Wert der Umsätze im Neckarkreis. Im Durchschnitt der 3 Jahre 1908/10 entfiel auf ihn von der Gesamtumschlagsumme 50,7 Proz. Dieses gewaltige Uebergewicht verbannt der Neckarkreis der Stadt Stuttgart, wo die von der Gesamtumschlagsumme des Neckarkreises mit 121,3 Millionen Mark im Mittel 1908/10 36,5 Millionen Mark gleich 54,8 Proz. entfielen. Aber auch ohne die Stadt Stuttgart betrug die Gesamtumschlagsumme

der freihändigen Verurteilungen im Durchschnitt im Neckarkreis 54,8, im Donaukreis 49,7, im Schwarzwaldkreis 39,8, im Jagstkreis 28,2 Millionen Mark. Am zahlreichsten sind die Umsätze in den Orten von 2000 und weniger Einwohnern; im Durchschnitt der 3 Jahre 1908/10 betrug in dieser Ortsklasse die Zahl der Umsätze 68,8 Proz. sämtlicher Umsätze, die Umschlagsumme 80,3 Millionen Mark, das ist 33,6 Proz. der Gesamtumschlagsumme. Am kleinsten ist die Zahl der Umsätze in der Stadt Stuttgart, wo der Durchschnitt 2,6 Proz. aller Umsätze betrug, während die Umschlagsumme mit 66,5 Millionen Mark im Durchschnitt 27,8 Proz. der Gesamtumschlagsumme des Landes ausmacht. Der Durchschnittsbetrag eines Umschlages berechnet sich im Mittel der drei Jahre 1908/10 in Stuttgart auf rund 40.000 M., in den mittleren Städten (10 bis 100.000 Einwohner) zu 10.500 M., in den kleineren Städten (2—10.000 Einwohner) zu 3700 M. und in den Orten unter 2000 Einwohner zu 1900 M.

Die Kindsäufe sind am häufigsten im Neckar- und Schwarzwaldkreis, wo der Kleingrundbesitz am stärksten ist, aber die Umschlagesätze sind aus demselben Grund auch kleiner als im Jagst- und Donaukreis, wo der mittlere und große bäuerliche Besitz vorherrschend ist. In finanzpolitischer Hinsicht sind besonders interessant die Zahlen über den steuerfreien Kaufpreis gemäß Art. 11 Ziff. 5 des Umschlagesgesetzes, sowie über das steuerfreie Heiratsgut. Die Umschlagsumme der Kindsäufe im ganzen betrug im Durchschnitt der drei Jahre 1908/10 33,2 Millionen Mark jährlich, darunter war steuerfreier Kaufpreis 9,6 Millionen Mark und steuerfreies Heiratsgut 5 Millionen Mark, es waren sonach 44 Proz. der Gesamtumschlagsumme der Kindsäufe von der Umschlagessteuer befreit. Weitläufig am häufigsten sind die Umsätze in Einzelgrundstücken, sie machen nahezu $\frac{2}{3}$ (64,9 Proz.) aller Umsätze aus; an der Gesamtumschlagsumme sind sie aber nur mit $\frac{1}{3}$ (20,8 Proz.) beteiligt. Auf die Umsätze in Gebäuden entfallen von der Gesamtzahl der Umsätze wenig mehr als $\frac{1}{3}$ (34,8 Proz.), von der Gesamtumschlagsumme aber nahezu $\frac{2}{10}$ (78,6 Proz.). Der Durchschnittsbetrag eines Umschlages bei gewerblichen Gebäuden betrug ca. 79.500 M., bei sonstigen Gebäuden 33.200 M. Besonders bedeutend ist die Ueberlegenheit Stuttgarts hinsichtlich der Größe des Viegenhaftverkehrs. Er übertrifft denjenigen von Ulm und Heilbronn in einem viel stärkeren Grade, als es dem Verhältnis der Bevölkerungszahlen entsprechen würde. Im Durchschnitt der drei Jahre 1908/10 betrug der Gesamtumschlagwert in Stuttgart 68, in Ulm 6,2 in Heilbronn 5,3 Millionen Mark. Die Städte Feuerbach und Juffenhäuser werden hinsichtlich der Größe des Viegenhaftumschlages (zusammen in den drei Jahren 1908/10 in Juffenhäuser 8,6, in Feuerbach 8,3 Millionen Mark) außer von Stuttgart nur von den vier größten Städten Ulm (18,5 Millionen Mark), Heilbronn (16 Mill. M.), Eßlingen (13,2 Millionen Mark), Reutlingen (11,7 Mill. Mark), übertroffen. Die Heiratspreise von Aalen, Wiesen und Weinsberg stellen sich in Stuttgart annähernd gleich hoch: Aalen, 99.208 M., Wiesen 94.115 M., Weinsberg 100.460 M., für Bauplatz stellt sich 1 Hektar in Stuttgart auf 370.833 M. oder 37 M. pro Quadratmeter. In Ulm stellt sich der Bauplatzpreis für 1 Hektar im Durchschnitt auf 78.324 M., in Heilbronn auf 134.376 M., in Eßlingen auf 84.680 M., in Reutlingen auf 96.707 M., in Ludwigsburg auf 58.067 M., in Göttingen auf 49.847 M., in Osnabrück auf 68.626 M., in Tübingen auf 64.935 M., in Tullingen auf 57.428 M., in Ravensburg auf 97.406 M., in Schwanningen auf 42.832 M., in Heidenheim auf 35.171 M., in Feuerbach auf 112.731 M., in Aalen auf 48.605 M., in Juffenhäuser auf 75.747 M., in Eßlingen auf 121.784 M., im ganzen Land durchschnittlich auf 157.402 M.

Das Krankenhauswesen in Württemberg.

In seiner letzten Sitzung befaßte sich der Ausschuss des ärztlichen Landesvereins in eingehender Weise mit dem Krankenhauswesen, und stellte dabei eine Reihe von Vorschlägen auf deren wichtigster Inhalt folgender ist: Es genügt im Allgemeinen, wenn in jedem Oberamt 1 Krankenhaus ist. Die ganz kleinen Anstalten sollen allmählich eingezogen oder in Verpflegungshäuser verwandelt und größere Anstalten sollen nur auf mehrere Ortsamtsbezirke zusammen errichtet werden. Die letzteren sollen alle zur modernen Krankenbehandlung nötigen Einrichtungen (Bäder, Viegehallen, Nötigenapparate, Operationszimmer) haben und unter Leitung zweier im Hauptamt angestellten Aerzte stehen, von denen der eine Chirurg, der andere Internist sein soll. Diese geborenen Anstalten sollen von der Regierung durch größere Staatsbeiträge und durch Hebung des Krankentransportwesens möglichst gefördert werden. Die freie Arztwahl an den öffentlichen Krankenhäusern sei nicht anzustreben, jedenfalls nicht für Anstalten mit mehr als 20 Betten, denn sie sei weder vereinbar mit einem geordneten Krankenhausbetrieb, noch sei sie im Interesse des ärztlichen Standes gelegen. Bezüglich der Stellung der Krankenhausärzte wurden sodann noch eine Reihe von Forderungen aufgestellt; u. a. wurde verlangt, daß die Krankenhäuser von einer Kommission verwaltet werden sollen, in welcher der Arzt vollberechtigtes Mitglied mit Sitz und Stimme ist.

Göppingen, 9. Jan. In der heutigen Gemeinderatsitzung wurde die von uns bereits kurz bekanntgegebene Entschlüsselung des Verwaltungsgerichtshofes in der künftigen Bescheidensache bekanntgegeben, worin die Beschwerde Kinkels, der den Gemeinderat nicht für zuständig hielt, ihn (Kinkel) wegen der bekannten Beschuldigungen als Krankenkassenkontrollleur kündigungsgelöst zu entlassen, zurückgewiesen und dem Gemeinderat als Aufsichtsbekleidete der Ortskrankenkasse in seinem Verhalten Rechte gegeben wird. Die Beschuldigungen Kinkels werden als wichtiger Grund zur kündigungsgelösten Entlassung im Sinne des Gesetzes bezeichnet. Kinkel, der zu der Sitzung erschienen war, wurde es vor Bezeichnung des Urteils von Oberbürgermeister Dr. Koz nahegelegt, abzutreten, doch blieb er im Saal. Auch hörte er folgende, nach Erledigung des genannten Tagesordnungspunktes vom dienstältesten Gemeinderatsmitglied verlesene Erklärung der bürgerlichen Mitglieder des Gemeinderats ruhig mit an: „Im Hinblick auf die verschiedenen Vorgänge des

letzten Jahres, die die Person des Gemeinderatsmitglieds Gottfried Kinkel betreffen, und zwar: 1. die rechtskräftige Feststellung seiner großen Beschuldigungen als Krankenkassenkontrollleur der hiesigen Ortskrankenkasse, die zu seiner kündigungsgelösten Entlassung geführt haben, 2. die in den öffentlichen Verhandlungen Privatklaglichen Kinkel gegen Bräuner und Kinkel gegen Bock durch das hiesige Sozial-jugendliche gericht gemachten Feststellungen, und endlich 3. die von dem Beamten der Ortskrankenkasse, Herrn Richard Engelmann in dem Anknüpfungsteil des „Hohenstaufen“ vom 5. November 1912 gebrachte Veröffentlichung, daß Kinkel ein Mann von mangelnder Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit, sei, ohne daß Herr Kinkel unseres Wissens bis jetzt gegen Herrn Engelmann wegen dieser Veröffentlichung eine Klage anhängig gemacht hat, haben die den bürgerlichen Parteien angehörigen Mitglieder des Gemeinderats erwartet, Herr Kinkel werde nun von den Sitzungen des Gemeinderats und den gemeinderatlichen Kommissionen, denen er angehört, fernbleiben; dies war und ist aber nicht der Fall. Nachdem auch eine den Fraktionsgenossen des Herrn Kinkel gegenüber offiziell zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß Herr Kinkel den Sitzungen des Gemeinderats bis zur Erledigung der anhängigen Sachen fernbleiben sollte, erfolglos geblieben ist, weil diese Herren es abgelehnt haben, auf Herrn Kinkel einzuwirken, sehen wir, wie den bürgerlichen Parteien angehörigen Mitglieder des Gemeinderats, und veranlaßt, in öffentlicher Sitzung die Erwartung auszudrücken, daß Herr Kinkel die Konsequenzen aus all diesen Vorgängen zieht und sein Mandat als Mitglied des Gemeinderats niederlegt. Wenn Herr Kinkel trotz dieser Erklärung in einer Sitzung des Gemeinderats oder in einer Kommissionsitzung wieder erscheint, so werden wir ihn persönlich und auch seine Ausführungen bei einer Debatte unberücksichtigt lassen.“ Nach einer kurzen Pause jagte Kinkel ebenfalls eine Erklärung für die nächste Gemeinderatsitzung an, ebenfalls ein sozialdemokratischer Gemeinderat für die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion. Eine Frage des Vorsitzenden, ob er gegen den Krankenkassenbeamten Engelmann geklagt habe, verneinte Kinkel mit dem Bemerkten, daß er schon lange mehrere Klagen anzustreben beabsichtige. Eine weitere Frage des Vorsitzenden, ob der Gemeinderat für ihn gegen Engelmann wegen öffentlicher Beleidigung als Gemeinderatsmitglied klagen soll, ließ Kinkel unbeantwortet.

Hirslanden OA. Leonberg, 10. Jan. Bei der Ortsvorwahl haben von 98 Wahlberechtigten 94 abgestimmt. Gewählt wurde Christian Gscheider, Verwaltungspräsident in Feuerbach mit 57 Stimmen. Paul Schmalzried, Landwirt von hier, erhielt 37 Stimmen.

Reutlingen, 9. Jan. Der verantwortliche Redakteur der Freien Presse, E. Gränebaum, nimmt unter dem Ausdruck des Bedauerns die in einem Artikel der Freien Presse vom 19. Oktober 1912 über den Buchbinder Christoph Senner in Pfullingen als damaligen Landtagskandidaten der sozialistischen Partei enthaltenen Beleidigungen zurück und lehnt Abbitte.

Nah und Fern.

Ein dreifacher Mord.

Auf dem Gute Ringewalde bei Oranien an der Oder sind der Steuerheber Kallif, seine Frau und das Dienstmädchen Anna Philipp ermordet worden. Die beiden Töchter des ermordeten Ehepaares fand man lebend in einem Schrank versteckt vor. Der Mord war verjüngt; er ist auf der Flucht bei Groß-Neuendorf in der Nähe von Weigen unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet worden. Er gestand, bei der Mordtat mitgewirkt zu haben, will aber das Werkzeug einer fünfjährigen Verbrecherbande geworden sein. Er hatte sich in Groß-Neuendorf den Bart abrasieren lassen, er heißt Detrich und nennt sich Otto Schöne.

Köpenick in Hord.

Zu der Frau Blocher in Hord kam ein Mann, der sich als einen Geheimpolitiker aus Pforzheim vorstellte und erklärte, einer ihrer Söhne habe sich dort einer strafbaren Handlung schuldig gemacht und sei flüchtig gegangen. Er müsse den Flüchtling verhaften, sei aber gern bereit, davon abzusehen, wenn sie ihm ein Geschenk von 25 Mark mache. Die erschrockene Frau überreichte ihm den Betrag, worauf der Gauner sich schleunigst empfahl.

Der Herr Staatsanwalt.

Im Untersuchungsgefängnis M o b i l hat ein Mann, der wegen eines Vergehens eingekerkert worden war, anstreben zu dürfen. Es wurde ihm gewährt. Sein Transporteur, der inzwischen abgerufen wurde, vergaß, seinen Nachfolger zu instruieren, und als der Häftling wieder zum Vorsteher kam, erfaßte er sofort die Situation. Er stellte sich einem Inspektor als Staatsanwalt König vor, der beauftragt sei, wegen angeblicher Unterschleife eine Untersuchung einzuleiten. Man möge ihm ein Zimmer anweisen. Der Inspektor führte den „Staatsanwalt“ in das Zimmer des Oberstaatsanwalts, von wo der Häftling natürlich spurlos verschwand.

Gerichtssaal.

Heilbronn, 9. Januar. Wegen eines Sittlichkeitsverbrechens hatte sich gestern ein 19 Jahre altes Dienstmädchen aus dem Bezirk Besigheim vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Das Mädchen wegen eines Sittlichkeitsverbrechens einem jungen Manne gegenüber vor Gericht kommt, dürfte zu den großen Seltenheiten gehören. Reist ist es umgekehrt. Das Mädchen hatte nämlich im Jahre 1910 einen Dienst im Hause eines Lehrers, und hat sich mit dem damals noch nicht 14 Jahre alten Sohn des Lehrers in ein intimes Verhältnis eingelassen. Nach zweijähriger Dauer hatte das Verhältnis Folgen und der junge, kaum „16jährige Vater“ wurde zur Zahlung von Alimten an das Mädchen verpflichtet. Nun dreht aber der Vater des Baters den Stiel um und erhaltete Anzeige gegen das Mädchen wegen eines Vergehens im Sinne des § 176 Ziff. 3 des St. G. B. (Verleitung unzüchtlicher Handlungen an Personen unter 14 Jahren) Troy aller möglichen Umstände, die für das Mädchen in Betracht kamen, trafen das Gericht eine Verurteilung von 6 Monaten gegen es auszusprechen.

Sofales.

* Nachdem in den letzten Tagen das Thermometer stark unter 0 sank, heute morgen ein Schneefall ein, von dem zu erwarten ist, daß der Wintersport doch noch zu seinem Rechte kommt.

Pforzheim, 9. Jan. Ein neuer großartiger Plan ist hier aufgetaucht. Es handelt sich um die Verbindung von Pforzheim mit dem auf der Hochebene zwischen Nagold und Enz gelegenen württ. Hinterland, genauer gesagt um eine Bahn nach dem bekannten Luftkurort Schömberg mit seinen Lungenheilstätten. Diese el. Bahn soll von hier der Bächenbronner Landstraße folgend, nach Bächenbrunn, Salmbach, Langenbrand nach Schömberg führen, 14 km lang werden und etwa 1 1/2 Millionen Mark kosten. Die Ausführung hängt davon ab, ob die interessierten Gemeinden, unter denen noch die naheliegenden Orte Grundbach, Rapsenhardt und Schwarzenberg zu nennen sind, entsprechende Beiträge leisten. Diese el. Bahn wäre nicht nur für den aufblühenden Kurort Schömberg von höchstem Wert, sowie für die genannten kleinen Gemeinden, sondern hauptsächlich auch für unsere Industriestadt, nach welcher aus jener Gegend täglich viele hundert Arbeiter hieher kommen, die meist nur auf kurze Strecke die Bahn benutzen können. Ganz unschätzbar aber

wäre diese Linie für den riesigen Ausflugsverkehr Pforzheims in den württ. Schwarzwald. Sie würde erlauben, ohne große Anstrengung in kurzer Zeit die Schwarzwaldhöhen mit ihrer reinen Luft zu gewinnen und würde gewiß in jeder Jahreszeit Sonntags von hier aus ungeheuer beansprucht sein und sich vermutlich gut verzinsen. Man darf also hoffen, daß der Plan nicht lang Plan bleibt, sondern bald zur Ausführung kommt.]

Letzte Nachrichten.

Paris 10. Jan. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin“ meldet, der erste türkische Delegierte Reschid Pascha habe von seiner Regierung eine Depesche erhalten, in der unzweideutig erklärt wird, daß die Türkei welche Schritte und welche PreSSION auch immer die Großmächte unternehmen sollten, fest entschlossen sei, Adrianopel und die Inseln nicht abzutreten. Die Depesche füge hinzu die Pforte halte es für wenig passend, daß die türkischen Delegierten den Aufenthalt in London verlängerten.

Von bulgarischer Seite erfährt derselbe Berichterstatter, General Sawom habe bei seiner Unterredung mit den türkischen Ministern in Tschataldscha gesagt: Wenn Sie Adrianopel nicht abtreten und uns zwingen, die Feindselig-

keiten wieder aufzunehmen, dann können Sie sicher sein, daß Sie nicht bloß Adrianopel, sondern eine noch viel wichtigere Stadt verlieren werden.

Wittebga, Landtag. Die Wahl des 1. Vizepräsidenten war in den ersten drei Wahlgängen erfolglos, jedesmal erhielt Biesching (Volksp.) 44, Kiene (Str.) 44. Das Los entschied zu Gunsten des Hr. Kiene.

Ohne daß ein ungünstiger Einfluß sich geltend machte, konnte Herz- und Nervenleidenden Kaffee Hag, coffeinfreie Bohnenkaffee, monatlang in starken Aufgüssen verabreicht werden.

Dr. med. v. Voltenstern-
(Deutsche Ärztezeitung 1908, Heft 3)

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. — Verantwortlich: G. Reinhardt beseßr.

Eisenbahn-Unterbeamten
der Station Wildbad.
Am Sonntag, den 12. Januar findet im Saale des Gasthauses zur „alten Linde“ unsere **Weihnachts-Feier** statt, verbunden mit großen theatralischen u. musikalischen Aufführungen, sowie Gabenverlosung u. Tanz, wozu die geehrte Einwohnerschaft der Stadt Wildbad freundlichst eingeladen ist.
Der Ausschuss.
Saal-Öffnung nachm. 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Etwa uns zuge dachte freiwillige Gaben möge man im Gasthaus zur alten Linde abgeben.

II. Preuss. Südd. Kl.-Lotterie
5 Ziehungen!
Ziehung 1. Klasse
am 13. und 14. Januar 1913.
1/5 1/4 1/3 1/2 208
5.— 10.— 20.— 40.—
für jede Klasse sind zu haben bei:
Wildbad, Dem Kgl. Lotterie-Einnehmer
Fritz Rath.
Telefon Nr. 4

Winkel-Gamaschen Arco
Rekord
von M. 1.50 bis M. 4.50
vorzügliche Marken,
Sportstrümpfe,
Sweaters, Golf-Jacken,
Sport-Handschuhen und
Mützen
Ph. Bosch.

Bruchleidende.
Bekanntes Tatsache ist, daß Brucherklemmungen oft tödlichen Ausgang nehmen, daher empfiehlt es sich ein wirklich **gut sitzendes Bruchband anzuschaffen**, wozu sich die Erfindung meines Bruchbandes „Badenia“ ohne Feder, aus Leder hergestellt, ganz besonders eignet. Es ist leicht, bequem und solid gearbeitet, bei Tag und Nacht zu tragen. Es wird mit Recht als Spezialität ersten Ranges und als wahre Wohltat für Bruchleidende bezeichnet. Interesse eines jeden Bruchleidenden ist, sich eines dieser **bequemen Bruchbänder** zu beschaffen, wozu sich die beste Gelegenheit bietet, die Durchreise meines Vertreters zu benutzen, welcher am **Sonntag, den 12. Januar** von 9 bis 3 Uhr in Pforzheim, Gasthof zum Hapfen, am **Montag, den 13. Januar** von 9 bis 3 Uhr in Wildbad, Hotel Goldenes Roß und am **Dienstag, den 14. Januar** von 9 bis 3 Uhr in Calw, Hotel Baldhorn Muster vorzeigt und Bestellungen entgegennimmt. Außerdem: Leibbinden, Gummistrümpfe für Krampfadern usw.
Hochachtung
„Badenia“ Spezialfabrik für Bruchbandagen
Vertraut i. B., Karlstraße 6.

Die Hilfe
Wochenchrift für Politik, Literatur und Kunst
Herausgegeben von Dr. St. Naumann
bringt in wertvollen und stets originalen Aufsätzen der hervorragendsten Politiker und Parlamentarier ein getreues Spiegelbild unserer politischen und sozialen Zustände. Der unterhaltende Teil der Hilfe bringt ausführliche, selbständige Würdigungen aller Vorgänge und Ereignisse auf dem Gebiete der Literatur u. Kunst. Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Mark. Bestellen Sie bitte unter Hinweis auf diese Ankündigung ein kostenloses Monatsabonnement vom
Verlag Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe“),
G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

Prof. Dr. Jaeger's
Normal-Unterkleidung
verfügt nicht, läuft wenig ein, bleibt porös und elastisch.
Alleinige Fabrikanten
W. BENDER SÖHNE
Stuttgart.
Grand Prix - Paris 1900.

Goldperle
das unübertroffene
Veldienselbepulver
enthält reizende und nützliche
Geschenke wie Messer, Scheren,
Gabeln, Löffel, Portemonnaies
usw.

700 000
Germanen
Das ist der Erfolg von wenigen Jahren und ein Zeichen der hervorragenden Leistungen dieser Dauerbrandöfen; für jede Kohle geeignet. Garantiert sicherer Dauerbrand als auch für zeitweise Heizung.
In jeder Preislage vom einfachsten Blechmantelofen bis zu den vornehmsten Majolica-Ofen nach Künstler-Entwürfen in vielen Ausstattungen lieferbar. Fachmännischer Rat, sachgemäße Aufstellung.
Man fordere Original-Verkaufsliste 1911 durch
Karl Gähler, Wildbad.

MERCEDES
Herren und Damenstiefel
empfehlen in größter Auswahl zu 8,75 u. 10,50 Mk.
Mercedes
der Triumph der deutschen Industrie 12,50 Mk. Extra Qualität 16,50.
Alleinverkauf
Wilh. Treiber
Ludwig-Seegerstr.

Großes Lager reinwoll. Tik t-U terkleder, Strümpfe halbwoollener, baumwoll. Frotteier u. Waschtücher; größt. Auswahl in Wäusen, von einfachsten bis feinsten, sowie Böckern in Flanell, Leiner, Bister Noiree und Seide. Schürzen aller Art. Aragen, Manschetten, Gravatten, sowie Weiß- und Kurzwaren. Große Auswahl der neuesten Hand-Arbeiten, fertige Stickerien, sowie sämtliche Stickermaterialien, Strick-, Woll- und Häfelgarne zu den billigsten Preisen.

Erste und älteste Verkaufsstelle
der Prof. Dr. Jaeger's Unterkleidung.
Geschwister Freund,
Hauptstr. 104.

Geflügel und Kaninchenzüchter Verein
Am Samstag 11 Januar abends 8 Uhr
Versammlung
im Gasthaus zur alten Linde
Tagesordnung:
1. Bericht von Heilbronn und Kornwestheim. 2. Verlosung von Bruteiern u. 3. Anschaffung von Zuchtieren und Geräten. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Gasth. z. alten Linde.
Heute
Samstag
große
Schlachtpartie
wozu höflichst einladet
A. Romesch.

Schützen-Verein Wildbad.
Sonntag, 12. Januar 1913
Übungs-Schießen.
Das für Montag, 19. Januar angeordnete Übungs-Schießen fällt wegen des an diesem Tage stattfindenden Kränzchens aus
Das Schützenmeisteramt.

Selbe Rüben
extra Qualität für die Küche
Mk. 2.60 Rotfrant Mk. 5
Tafeläpfel 10 Mk. v. Fr.
empfehlen unter Nachnahme
Landwirt Rimmich
Kleinsachsenheim.

Lieder-kranz Wildbad.
Samst. abend 8 Uhr
Singstunde
(Freibier)
im Total Gasth. z. Sonne.

Wohnung
gesucht, mit 3 bis 4 Zimmer
im 1. oder 2. Stock Nähe
der Bergbahn oder Kurplatz
I Off. u. B. S. a. d. Exp.
Pfaundach u. Co.
Zentrale Wildbad Tel. 111
Zentrale Calmbach Tel. 7.